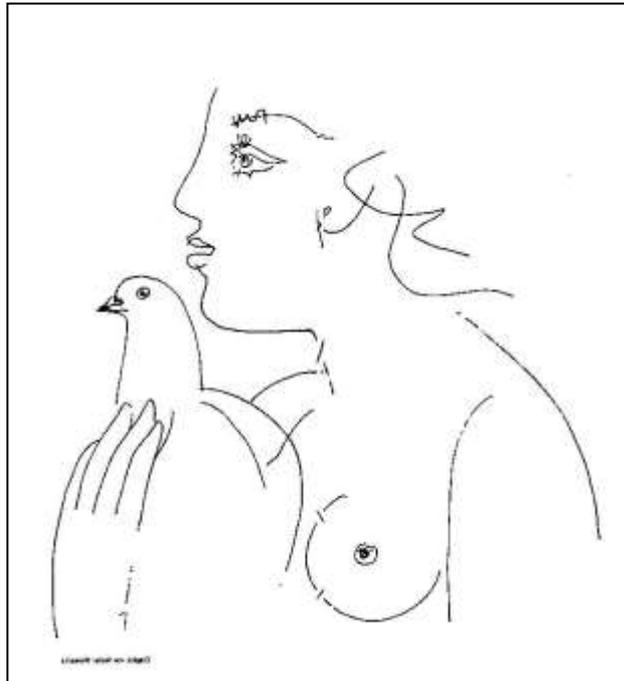


Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums epf

Nr. 230



Der Platz der Novemberrevolution in der deutschen Geschichte und im deutschen Geschichtsbewusstsein

von

Prof. Dr. Gerhard Engel

Konferenz des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE am 17. März 2018 in Berlin zum Thema: „Die deutsche Novemberrevolution und die Gründung der KPD. Eine Bilanz“. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

Mit der ihm eigenen Arroganz hat Alexander Dobrindt, das neue parlamentarische Sprachrohr der bayrischen CSU, einhundert Jahre nach der deutschen Revolution eine neue Revolution in Deutschland ausgerufen: die „Konservative Revolution“, die Rolle rückwärts also zu dem, was der November 1918 an historischen Chancen eröffnete. Allein dies – wie vieles andere auch – zeigt, wie dringlich es ist, an vorhandene geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse zu erinnern, neu über sie nachzudenken und das Erfahrbare in politisches Handeln zu überführen. Schließlich darf der Historiker nicht jener Typ sein, den der Brite William Somerset Maugham mit dem Satz beschrieb: „Der Historiker ist ein Reporter, der überall dort nicht dabei war, wo etwas passiert ist.“ Geschichtsschreibung ist eine politische Wissenschaft. Ihre Protagonisten haben die Pflicht, von ihnen Erforschtes und Erkanntes in den Diskurs der Gesellschaft über ihr Woher und Wohin, über ihr Geschichtsbild und Geschichtsbewusstsein einzubringen und politisch Handelnde zu beraten.

Über den Platz der Novemberrevolution und ihren Erinnerungswert hat seit ihrem Stattfinden der Streit nie aufgehört, wiewohl es gewisse Wechsel zwischen Heftigkeit und relativer Stille gab. Streit um gravierende historische Ereignisse ist so normal wie die Tatsache, dass noch keine politische Richtung und kein Staatswesen darauf verzichteten, Geschichte politisch zu instrumentalisieren und zu ihrer historischen Legitimation zu nutzen. Auch Historiker, die als scharfe Kritiker der parteilichen Historiographie in der DDR auftreten, bekennen dies mitunter offen. Heinrich August Winkler z. B. schrieb: „Alle Geschichte ist eine Geschichte von Kämpfen um die Deutung von Geschichte... Wer über historische Deutungsmacht verfügt, übt mittelbar auch politischen Einfluss aus.“ (1) Fügt man das Wörtchen „auch“ im ersten Satz hinzu, so ist Winkler in diesem

1 Heinrich August Winkler: Griff nach der Deutungsmacht, Göttingen 2004, S. 7.

Punkte zuzustimmen.

Naturgemäß sind historische Ereignisse von der Dimension einer Revolution besonders umstritten. Nach jeder Revolution tobt der Kampf derer, die sich gegenübergestanden hatten, unvermindert weiter, nun eben auf dem Gebiet der Deutung des Geschehens. Das gilt besonders für die deutsche Revolution 1918, herausragender Teil einer revolutionären Welle, die im Gefolge der russischen Revolution 1917 große Teile Europas erfasste. Diesen internationalen Aspekt der deutschen Revolutionsgeschichte muss ich leider im Folgenden aus Zeitgründen vernachlässigen, wofür ich um Verständnis bitte. Hier geht es also ausschließlich um deutsche Angelegenheiten.

Im Verlauf der Debatte über einen Nationalfeiertag der Deutschen nach der Übernahme der DDR in die Bundesrepublik Deutschland registrierten Historiker und Publizisten, dass mehrere markante historische Ereignisse deutscher Geschichte auf einen 9. November fielen und erklärten diesen mystisch überhöht zum „Schicksalstag der Deutschen“.

In die Reihe wurden gerückt:

Der 9. November 1918, der Übergang vom Kaiserreich zur Republik

Der 9. November 1923, der Hitlerputsch gegen die Revolutionsergebnisse von 1918

Der 9. November 1938, der Pogrom der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung

Der 9. November 1989, der Fall der Mauer zwischen Ost und West.

Fragen wir nach dem Gewicht dieser Ereignisse im Mainstream der Geschichtsdeutung und damit der Erinnerungskultur, so stellen wir eine bemerkenswerte Unwucht fest. Die genannten Daten stehen zwar alle in einer Beziehung zueinander, aber sie werden nicht nach ihrem historischen Gewicht gemessen, sondern in eine Rang- und Reihenfolge gestellt, die von der Interessenlage der die Gesellschaft der Bundesrepublik dominierenden politischen Kräfte bestimmt wird.

Den ersten Platz besetzt der 9. November 1989, an dem die Staatsgrenze zwischen den beiden deutschen Nachkriegsstaaten fiel. Das jährliche umfangreiche Erinnern nimmt vor allem in den Medien aller Art beträchtlichen Raum ein. Positive Erinnerungen der in den Strudel biographischer Umbrüche geratenen Ostdeutschen an ihr Leben in der DDR werden als „Ostalgie“ denunziert. Das Kritikwürdige an der missratenen antikapitalistischen Alternative wird zum Wesensinhalt von Sozialismus umgedeutet. Die Totalitarismuskritik führt zu der Behauptung, die Herrschaft der SED habe sich von der Nazidiktatur nur in der Anzahl der Todesopfer unterschieden. Der politische Leichnam DDR muss jährlich neu getötet werden, um gegen jeden Versuch zu immunisieren, über Alternativen zur bestehenden Ordnung nachzusinnen.

Gewisse Hoffnungen auf mehr historische Wahrheit in der Geschichtsschreibung über die DDR werden erfreulicherweise in jüngster Zeit durch die kritische Selbstreflexion einiger Historiker genährt, die sich von der einseitigen Behandlung der Mauer und der Repressivorgane lösen und beginnen, Sozial-, Alltags- und Mentalitätsgeschichte sowie Aspekte der gesamtdeutschen und internationalen Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg in ihre Forschungsansätze aufzunehmen. Dies bedarf dringend der Unterstützung.

Ein Randdasein führt der 9. November 1923. Er ist ja in der Tat im Vergleich zu den anderen 9. Novembern nur eine Marginalie, aber eine bedeutende. Deutschland erlebt das erste offene faschistische Wetterleuchten. In München, der Stadt mit der stärksten Mitgliederbasis der NSDAP in einem rechtskonservativen und antirepublikanischen Umfeld von Politikern und Militärs, riefen Adolf Hitler und General von Ludendorff zur „nationalen Revolution“ gegen die Republik der „Novemberverbrecher“ auf, wie die Nazis die Akteure und politischen Erben der Revolution vom 9. November 1918 bezeichneten. Der „Marsch auf Berlin“ freilich endete diesmal noch an der Münchner Feldherrnhalle. Die weder nationalen noch sozialistischen Nationalsozialisten erklärten ihre vierzehn zu Tode

gekommenen Putschisten zu Märtyrern. Sie inszenierten in den Folgejahren einen massenwirksamen Blutopferkult, mit dem der 9. November 1923 zum Auftakt der beginnenden Abrechnung mit dem 9. November 1918 stilisiert wurde.

Der nächste sogenannte Schicksalstag, der 9. November 1938, der programmatische und großangelegte Judenpogrom, wurde möglich, weil den noch am 9. November 1923 unterlegenen Nazis 1933 der inzwischen marode bürgerlich-demokratische Staat übereignet worden war. Die Reste demokratischer Rechte wurden liquidiert und durch eine Führerdiktatur ersetzt. Der Weg war frei, rassistischen Antisemitismus zur Staatsräson zu erheben. Unter den Augen des Volkes zeigten die Nazis den ohnehin bereits ausgegrenzten und rechtlosen deutschen Juden 1938 die „eigentlichen Instrumente“: brutale Gewalt gegen Menschen, Synagogen und das persönliche Eigentum, Vorstufe der späteren „Endlösung der Judenfrage“ im europäischen Maßstab durch industrialisierten Massenmord. Dieser 9. November 1938 muss seinen Platz in der historischen Erinnerungskultur – auch aus sehr aktuellen Gründen – unbedingt behalten. Sehr problematisch ist allerdings, dass dieses Opfergedenken indes zum Zentralpunkt der Erinnerung an die Verbrechen der Naziherrschaft geworden ist. Der Begriff Faschismus ist für viele nur mit dem Holocaust definiert. Er bündelt für viele ihre Erinnerung an die Geschichte Deutschlands zwischen 1933 und 1945, also einseitig. Auch der 27. Januar, der Tag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Sowjetarmee, ursprünglich als Tag des Gedenkens an alle Opfer der Nazidiktatur inauguriert, wird immer einseitiger zum Holocaust-Gedenken eingeeengt. Jährlich werden die Unbegreifbarkeit des Grauens der Massenmorde und zurecht die Verantwortung beschworen, dass sich antisemitischer Wahnsinn nie wiederholen dürfe. Doch Betrachtungen darüber, dass Antisemitismus und Fremdenhass historische und soziale Wurzeln hatten und haben, dass sie Nutznießer und Financiers fanden, sind entschieden zu selten. 2016 befand die Justiz, die Erfolge der Neonazis von heute seien noch nicht groß genug, um sie auf der Grundlage eines demo-

kratischen Parteiengesetzes zu verbieten. So ist es Neofaschisten und rechtskonservativen Nationalisten möglich, unter politisch frustrierten, aber zugleich auch politisch unaufgeklärten oder desorientierten Teilen der Bevölkerung nach Anhängern zu fischen. Sie können davon ausgehen, dass Neofaschismus und Völkerhass nicht etwa als Vorstufe für künftige Verbrechen, sondern als demokratische Meinungsäußerung bewertet werden.

Der „Schicksalstag“ 9. November 1918, also die deutsche Revolution 1918/19, hat vergleichsweise zu den genannten Daten in der Erinnerungskultur und im Geschichtsbild der Deutschen bestenfalls einen marginalen Platz. Der Tag der revolutionären Geburt der deutschen Republik oder der 11. August 1919 als Tag der republikanischen Verfassung von Weimar sind weder Feier- noch Gedenktage. Man muss den Eindruck gewinnen, als schämte sich die politische Klasse der Gesellschaft der Tatsache, dass die deutsche Republik Resultat einer Revolution war, getragen von der bis dahin größten demokratischen Massenbewegung des arbeitenden Volkes. Versagtes Erinnern erfüllt eine geschichtspolitische Aufgabe: Immunisieren gegen jeden Gedanken an neuerliche gesellschaftsverändernde antikapitalistische Volksbewegungen.

Trotz der vielen unter den Historikern geführten Debatten über die Revolution und einer umfassenden wissenschaftlichen Spezialbibliothek zum Thema harrt sie noch immer ihrer gebührenden Beachtung im historischen Bewusstsein der Deutschen. Hans-Ulrich Wehler veröffentlichte 1995 ein Buch über „Scheidewege der deutschen Geschichte“ und zählte die Revolution 1918 nicht dazu. (2) Noch 2003 leugnete die Bundeszentrale für politische Bildung in den vor ihr herausgegebenen „Schlaglichtern der deutschen Geschichte“ jeden Zusammenhang zwischen dem 9. November 1918 und dem Entstehen der ersten deutschen Republik. Wir lesen: „Die Republik war

2 Hans-Ulrich Wehler: Scheidewege der deutschen Geschichte. Von der Reformation bis zur Wende 1517-1989, München 1995.

gewissermaßen über Nacht gekommen, nicht als Ergebnis einer erfolgreichen Revolution...“ (3) Bundeskanzlerin Merkel hielt im November 2008 eine Video-Ansprache zum geschichtsträchtigen 9. November, die kein Wort über den 9. November 1918 enthielt. (4)

Der Weg zur wissenschaftlichen Betrachtung der deutschen Revolution war lang und von prinzipiellen geschichtspolitischen Kontroversen geprägt. Die sozialdemokratische Historikerin der Arbeiterbewegung Helga Grebing listete in einem kurz vor ihrem Tode 2017 veröffentlichten polemischen Artikel zur Würdigung der Novemberrevolution zehn Attribute auf, mit der die Revolution in den Debatten bezeichnet worden war, als „steckengeblieben, halbherzig, gescheitert, fehlgeschlagen, unvollendet, klein gehalten, ungeliebt, verraten, vergessen“. (5). Hinzuzufügen wären freilich noch das Adjektiv „überflüssig“ und die Behauptung, es habe 1918 gar keine Revolution gegeben.

Für die Rechtskonservativen war die Revolution der von langer Hand vorbereitete Dolchstoß der Heimat gegen das im Felde unbesiegte Weltkriegsheer, eine Lesart, an die der Traditionsbezug der NSDAP anknüpfte. Andere behandelten sie als unnötigen Irrweg auf dem Weg zur parlamentarischen Republik, der doch bereits durch die Oktoberreformen 1918 eingeleitet gewesen sei.

Für die Geschichtsschreibung in der DDR spielte sie freilich eine zentrale Rolle als von der Führung der SPD verratene Volksrevolution, die erst mit der Errichtung eines sozialistischen Staates im Osten Deutschlands wieder aufgegriffen und zum Siege geführt wurde. Als ihr zukunftsentscheidendes Resultat, als ihr wichtigstes Ergebnis galt die Gründung der Kommunis-

3 Helmut M. Müller: Schlaglichter der deutschen Geschichte, 2. aktualisierte Auflage, Bonn 2003, S. 229.

4 Vgl. <http://www.Bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Podcasts/008/2008-11-08/pdf> (aufgerufen 24.01.2018)

5 Helga Grebing, Einhundert Jahre deutsche Revolution 1918/19, in: Perspektiven ds (des demokratischen Sozialismus) 34 (2017), H. 1, S. 198.

tischen Partei Deutschlands. Revolution und Parteigründung gehörten zu den konstitutiven Elementen historischer Legitimation der DDR.

In der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik dominierte zunächst die von der Bolschewismusfurcht des Kalten Krieges diktierte These Karl Dietrich Erdmanns, wonach im November 1918 eine „Revolution im Bündnis mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften“ verhindert werden und sich die Republik deshalb auf ein „Bündnis mit den konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps“ stützen musste. (6)

Erst Jahre später fand Anerkennung, dass historische Prozesse und Ereignisse hinsichtlich ihrer Ergebnisse stets offen sind, sie also verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten in sich bergen, von denen freilich manche als ungenutzte Chancen unterliegen. Eberhard Kolb (1960), Peter von Oertzen (1962) und Reinhard Rürup (1968) untersuchten die Arbeiterrätebewegung und deckten ihr beträchtliches demokratisches Potential auf. Damit wurde die deutsche Revolution auch in der Bundesrepublik zum eigenständigen Forschungsgegenstand und nicht mehr einseitig unter dem Aspekt des Scheiterns der Weimarer Republik untersucht. Die Fragen nach Spielräumen für die Führung der Sozialdemokratie und nach Chancen der in Bewegung geratenen Massen gewannen an Gewicht. Wenngleich in mancher Hinsicht unter verschiedenen Blickpunkten begannen nun auch Historiker der Bundesrepublik das in der Revolution Unterlassene und die dafür auszumachenden Verantwortlichkeiten zu diskutieren.

In der Historiographie der DDR war die schärfste Ablehnung der Politik der SPD in der Revolution, die mit dem moralischen Verdikt des Verrats belegt wurde, von Anfang an für die Darstellung der Novemberrevolution kennzeichnend. Nun aber forderten auch Historiker der BRD eine kritischere Beurteilung

6 Karl Dietrich Erdmann: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 7.

des Agierens der sozialdemokratischen Führung. Schließlich war ihr gewissermaßen über Nacht von der Massenbewegung der Arbeiter in Matrosenkluft und jener in den Fabriken das Heft des Handelns in die Hand gegeben worden.

Man gestatte mir an dieser Stelle einen Exkurs zu dem eben gebrauchten Begriff: Massenbewegung der Arbeiter in Matrosenkluft und jener in den Fabriken. Bis heute liest man, dass es sich an Nord- und Ostsee um Matrosenunruhen gehandelt habe und dass die revoltierenden Matrosen schließlich die Arbeiter bewogen hätten, sich ihnen anzuschließen. Tatsächlich war das, was in Kiel, Wilhelmshaven usw. losbrach, der Aufstand von Arbeitern in Matrosenuniformen, die wie die Arbeiter auf den Werften und in den Industriebetrieben vom Krieg genug hatten und in ihrem speziellen Fall gegen die Absicht der Marineleitung aufbegehrten, in aussichtsloser Kriegslage gegen den überlegenen Feind auszulaufen. Sie litten auf besondere Weise unter den Schikanen ihrer Offiziere und unter einer menschenunwürdigen Verpflegung. Was ihr besonderes revolutionäres Potential betrifft, so waren viele der Matrosen und Heizer im zivilen Leben Arbeiter gewesen, die über die notwendigen Kenntnisse verfügten, um eine komplizierte Maschinerie wie ein Kriegsschiff bedienen zu können, und die Erfahrungen in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung besaßen. An Bord Tag und Nacht zusammengesperrt, besaßen sie mehr als die Arbeiter an Land oder in den Bodentruppen Gelegenheiten, über ihre Lage und mögliche Auswege zu diskutieren und sich auch illegal zu organisieren. Ständig war die Zahl der Matrosen und Heizer gewachsen, die sich der USPD anschlossen und Kontakte zu ihren Parteigenossen an Land, auch zu den Bremer Linksradikalen pflegten, die sich während der Revolution als „Internationale Kommunisten Deutschlands“ konstituierten und neben dem Spartakusbund zur zweiten Quellgruppe der in der Revolution geborenen KPD wurden. Kurzum: M. E. verdienen es die Matrosenunruhen, als Beginn des Arbeiteraufstandes in der Revolution 1918 bezeichnet zu werden. Weil sie dies waren, verstand die kaiserliche Regierung sehr wohl den Ernst

der Lage. Deshalb entsandte sie ihren Staatssekretär Haußmann und die MSPD-Führung ihren Spezialisten für Marinepolitik Noske, um die Bewegung zu lokalisieren und mit beschwichtigenden Zugeständnissen ihre weitere Ausdehnung zu verhindern. Und: Tatsächlich war an manchen Orten fernab der Küste das Auftreten revolutionärer Matrosen eine Art Initialzündung für die Massenaktionen von Betriebsbelegschaften, aber in den meisten Ballungsgebieten der Industriearbeiterschaft begann die Revolution vor dem Erscheinen der Matrosen aus dem Norden. Und sie waren zunächst der einzige bewaffnete Schutz der aufständischen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Friedrich Ebert, eben noch zum Reichskanzler der Monarchie erhoben, nun aber von der Arbeiter- und Soldatenratsbewegung als Vorsitzender eines Rates der Volksbeauftragten an die Spitze der Volksbewegung geschoben, wollte die Revolution nicht. Er bevorzugte eine Änderung der Staatsform in eine parlamentarische, in einzelnen Punkten sozialpolitisch reformierte Monarchie. Der Druck der Straße veranlasste Philipp Scheidemann, die Republik auszurufen. Die demonstrierenden Arbeiter misstrauten der für sie kaum bemerkbaren Teilparlamentarisierung des Kaiserreichs durch die spärlichen Reformen vom Oktober. Sie wollten endlich Frieden, Brot und Demokratie, egal, ob sie Anhänger der MSPD, der oppositionellen USPD, des kleinen Spartakusbundes oder der Internationalen Kommunisten Deutschlands waren oder sich bis dahin gar nicht mit der Arbeiterbewegung verbunden gefühlt hatten. Zudem war die soziale Basis der revolutionären Bewegung keineswegs auf die Arbeiter beschränkt. Ihre Forderungen ergriffen auch beträchtliche Teile der Angestellten- und unteren Beamtschaft, der Lehrer, der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, die sich gleichfalls Räte schufen, um für ihre Interessen zu kämpfen. Viele gingen in dem Glauben auf die Straße, sie unterstützten damit die neue Führung in Berlin, in die sie mehr oder weniger bescheidene oder anspruchsvolle Hoffnungen setzten und die sie vor der rasch anwachsenden Konterrevolution zu schützen glaubten. Die Volksbewegung des November

1918 reichte von den verschiedenen Strömungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bis in Kreise des Linksliberalismus. Es entstanden Bedingungen für ein breites gesellschaftliches Bündnis der „Hand- und Kopfarbeiter“. Aber wer gab ihnen und ihren spontan gebildeten Räten die Orientierung, wer organisierte ihre Bewegung, so dass die anfängliche Ohnmacht der Gegenrevolution für die Verwirklichung ihrer gesellschaftsverändernden Forderungen und für das Entstehen einer stabilen Demokratie hätte genutzt werden können?

Fragt man nach dem Platz der Revolution 1918, so ist nach ihren Aufgaben, Chancen, Leistungen und Grenzen zu fragen.

Überfällig war, zunächst zu vollenden, was 1848/49 unerledigt geblieben war. Fällig war eine bürgerlich-demokratische Republik, an die freilich höhere Ansprüche zu stellen waren als 1848. Nach dem wesentlich mit zu verantwortenden und verlorenen Weltkrieg musste den Kriegsschuldigen und Kriegsgewinnlern jede Einflussmöglichkeit auf die Gestaltung der Zukunft genommen werden. Also bedurfte die Revolution einer antiimperialistischen und antimilitaristischen Option, die auf die Veränderung der Gesellschafts- und Staatsverhältnisse abzielt, auf die Sozialisierung der wichtigsten Teile des Privateigentums an Produktionsmitteln, auf die nachhaltige Demokratisierung des Staates und der Wirtschaft sowie auf sozialen Fortschritt zum Wohle der Arbeitenden. Für eine solche Revolution bestanden angesichts der Stärke der vor allem von den Arbeitern getragenen Volksbewegung durchaus Chancen.

Aber den Möglichkeiten standen etliche gravierende Realitäten im Wege, die das Erreichbare eingrenzten. Einige der wichtigsten seien aufgeführt.

1. Der fortgeschrittene Stand kapitalistischer Entwicklung war beträchtlich relativiert durch die kriegsbedingte Zerrüttung der Wirtschaft und durch die von einem imperialistischen Frieden zu erwartenden Folgen.
2. Der Staatsapparat war in seinem zivilen wie militärischen Bereich auch nach der Beseitigung der Monarchie in hohem Grade funktionstüchtig.

3. Die als Kriegsparteien in Verruf geratenen bürgerlichen Parteien vermochten, nun als umbenannte „Volksparteien“ auftretend, ihre Massenbasis auf antikommunistischer Grundlage zu regenerieren.
4. Die russische Revolution inspirierte zwar den Kampf der entschiedenen Revolutionäre. Mehr noch aber wurde sie von den Gegnern und halbherzigen Befürwortern der Revolution als Schreckgespenst genutzt. Sie verteufelten die Räte als den Vorhof einer terroristischen Antidemokratie. Eine aufgeputschte antikommunistische und antisemitische mediale Propaganda verwirrte und verunsicherte die öffentliche Meinung. Das traf nicht nur die Kommunisten, sondern auch die linksorientierten Mitglieder und Anhänger der SPD und der USPD.
5. Die deutsche Arbeiterbewegung war am Ende des Krieges weder politisch noch sozial ein Monolith, sondern mehrfach gespalten und durch schwere Richtungskämpfe zerrissen. Es war der kleinere Teil der Arbeiterklasse in verschiedenen Zentren der Revolution, der sich eindeutig für ein Weiterstreben der Revolution bis zu einer sozialistischen Umwälzung einsetzte. Große Teile der Arbeiterklasse strebten nicht nach einer totalen Veränderung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse, sondern waren für graduelle Reformen, die ihren Lebensalltag verbessern sollten.
6. Es darf auch nicht übersehen werden, dass weite Teile des flachen Landes von dem, was die Bezeichnung Revolution verdient, nicht erfasst waren. Dies ist bisher regionalgeschichtlich viel zu wenig untersucht worden. Als Beispiel führe ich das Territorium des heutigen Landkreises Teltow-Fläming an, in dem ich lebe. Damals reichte der alte Kreis Teltow bis an das Südufer der Spree, hatte also in seinem Norden z. B mit Marienfelde ein industrielles Ballungsgebiet, in dem mit großer Heftigkeit die Kämpfe der Revolution ausgefochten wurden. In den südlich davon gelegenen Kleinstädten der Kreise Teltow und Jüterbog-Luckenwalde ist zwar ein demokratischer Aufbruch sichtbar, in dem viele

Menschen lebenswichtige Aufgaben in die eigenen Hände nahmen und erste tastende Schritte in eine bürgerlich-demokratisch verfasste Gesellschaft gingen. Aber sehr bald ging dieser Aufbruch in eine relativ kameradschaftliche Zusammenarbeit der Räte mit den alten Kommunalgewalten über. Die Stadtverwaltung von Luckenwalde stellte in ihrem Rückblick auf die Monate der Revolution erleichtert fest, dass „die Ereignisse ruhig verlaufen sind und niemandem ein Haar gekrümmt worden ist. Das Zusammenarbeiten der Stadt und der führenden Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats vollzog sich dank des Verständnisses beider Teile in entgegenkommender und verbindlicher Form, und die führenden Beamten der Stadt haben es wohl aussprechen können, das die besonnene Leitung der Massen durch den Arbeiter- und Soldatenrat die Stadt über die Zeit der Aufregung und der Unruhe glatt hinweg gebracht hat...“ (7)

Und was geschah in den Dörfern rund um die kleinen Städte, wenn sie nicht in einem militärischen Garnisonsbereich lagen und von der Soldatenratsbewegung erfasst waren?

Aufschlussreich sind die Gemeindeprotokoll- und Beschlussbücher vom November/Dezember 1918 im Kreis- und Verwaltungsarchiv Luckenwalde. Zwar fassten einige Gemeinden Beschlüsse über die Durchführung zentral angeordneter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder zur Erwerbslosenfürsorge, andere Gemeindevertretungen traten in dieser Zeit zu keiner Sitzung zusammen. Wieder andere taten dies und befassten sich mit der Besetzung einer Nachtwächterstelle, mit der Reparatur des Pfarrbrunnens oder der Beleuchtung des Schulhauses. In einigen wenigen Dörfern wurden Bauernräte gebildet. Doch sie wurden paritätisch aus „Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ zusammengesetzt. In mindestens einem Fall wählte sich die Gemeindevertretung

7 Verwaltungsbericht der Stadt Luckenwalde 1921, zit. nach Heimatmuseum Luckenwalde: der Erste Weltkrieg in Luckenwalde. Ausstellungskatalog, Luckenwalde 2014.

ihr Kontrollorgan Bauernrat selbst und bestimmte obendrein den Gemeindevorsteher zu dessen Vorsitzenden.

Nimmt man die hier nur unvollständig genannten realen Umstände zusammen, so muss gefolgert werden: Von einer realen sozialistischen Chance kann für 1918 nicht gesprochen werden. Dies schmälert nicht die Anerkennung für den Kampf ihrer Befürworter. Ihre Leistungen und Opfer sicherten die Anfangserfolge der Revolution und die Möglichkeiten weiteren sozialen und demokratischen Fortschritts.

Selbst in den Räten, in denen rasch ein parlamentarischer Arbeitsstil mit Fraktionen und Parteienproporz statt parteienübergreifende Aktionseinheit einzog, herrschte Uneinigkeit über die Aufgaben und den Charakter des Gremiums. Viele Räte hielten sich für Machtorgane, obwohl sie nur Kontrollen des Bestehenden ausführten. Die Führung der MSPD lehnte die Räte grundsätzlich ab. Von Anbeginn sah sie in ihnen eine lästige Konkurrenz zur angestrebten parlamentarischen Repräsentativdemokratie. Basisdemokratische Räte akzeptierte sie nur zeitweilig und unter ihrer Hegemonie als Kontrollorgane und verlängerten Arm der staatlichen Bürokratie bei der Lösung virulenter Überlebensprobleme der Gesellschaft nach der katastrophalen Kriegsniederlage. Die Aktivität und die Verdienste der Räte waren z. B. bei der Lebensmittelversorgung, bei der Demobilisation eines zurückflutenden Millionenheers, beim Schutz des Eigentums usw. willkommen. Nur der linke Flügel der Partei verteidigte ihre Existenz, weil er in ihnen zurecht ein Potenzial für die Entwicklung einer Wirtschaftsdemokratie in einer bürgerlich-demokratischen Republik sah.

In der USPD sah man in den Räten mehrheitlich die Träger und Garanten der Revolution. Aber viele verstanden sie wie die MSPD auch als zeitweilige Institution, im Unterschied zur Mehrheitssozialdemokratie freilich für eine des Übergangs zu einem Parlamentarismus mit einer gesicherten sozialistischen Mehrheit. Die Vertreter des sogenannten „reinen Rätegedankens“ um Richard Müller und Ernst Däumig auf dem linken Flügel der USPD sahen im basisdemokratischen Räte-System

einen Typus sozialistischer Demokratie, die Alternative zu dem an die kapitalistische Wirtschaftsordnung gebundenen bürgerlichen Parlamentarismus. Doch sie entwickelten ihre Vorstellungen erst im späteren Verlauf der Revolution, als der Reichsrätekongress im Dezember bereits mehrheitlich für die Nationalversammlungswahl votiert und damit die sukzessive Abschaffung der Räte beschlossen hatte. Es rächte sich der Mangel an einem alternativen, sozialistischen Demokratiekonzept, durch den das Agieren der Revolutionäre 1918/19 von Beginn an belastet war, (und der ja bis heute nicht behoben ist). Dieser Mangel bestimmte die Debatte über die Alternative Rätensystem oder Nationalversammlung bzw. über die mögliche Verbindung von Nationalversammlung und Räte-macht. Die modellhaften Vorstellungen Ernst Däumigs für ein von unten nach oben aufgebautes Rätensystem vermochten den Ausgang der Revolution nicht zu beeinflussen.

Die Kommunisten sahen in den Räten parteiübergreifende Massenorganisationen, geeignet als Machtorgane einer Diktatur des Proletariats. Dieser Begriff war für sie deckungsgleich mit sozialistischer Demokratie. Aber von Anfang an begründeten sie ihre einschlägigen Vorstellungen in einer ausschließlichen Diskontinuität zur geschichtlichen Entwicklung menschlicher Rechte und Freiheiten. Dieser undialektische Fehlansatz der äußersten Linken und der bereits in der Revolution erkennbare apodiktische Umgang mit andersdenkenden Linken sollten sich in der Zukunft als besonders verhängnisvoll erweisen.

In der Revolution lag die Last der Hauptverantwortung ohne Zweifel auf den Schultern der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer. Sie aber verweigerten sich der Möglichkeit, auf die Arbeiter- und Soldatenräte gestützt, das Verlangen der Volksbewegung aufzugreifen, den Militarismus endlich auszurotten und eine Gesellschaft zu gestalten, die eine Wiederholbarkeit von Kriegen ausschloesse.

Gerade das bezeugt die Eilfertigkeit der führenden rechten Sozialdemokraten am Beginn der Insurrektion auf den Schiffen und in den Häfen der kaiserlichen Marine, also noch bevor der

Aufbruch die Hauptstadt erreichte, mit der Gustav Noske nach Kiel entsandt wurde, um die Bewegung der Matrosen einzudämmen, sie aus stürmischer See in seichtes Hinterwasser umzulenken und dort auf Grund laufen zu lassen.

Friedrich Ebert und die Seinen führten eben keine Revolution an, sondern verwalteten die Konkursmasse der gestürzten Monarchien. „Der Kaiser ging, die Generale blieben“ wurde im Volksmund die gängige Kennzeichnung der Situation.

Der geringste Versuch, die gerade errungene Republik unter den Schutz einer von der Rätebewegung getragenen republikanischen Streitmacht zu stellen, unterblieb. Im Gegenteil, Ebert gab der kaiserlichen Heeresführung die Möglichkeit, ihre militärischen Niederlagen an den Weltkriegsfronten durch Siege im Kampf gegen jene zu kompensieren, die mehr wollten als eine republikanische Hülle für den Fortbestand einer durch einzelne Reformen verbesserten kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In einer aufgeputschten Hysterie gegen eine angeblich von Liebkecht geplante und kurz vor der Ausführung stehende kommunistisch-terroristische Machtübernahme, entwickelte sich die Gewalt von rechts zwischen Dezember 1918 bis weit in das Jahr 1919 hinein zum Alltagsphänomen. Zu den Gräueltaten der Freikorps stellte der irische Historiker Mark Jones jüngst zutreffend fest: „Der Ebert-Groener-Pakt war jetzt mit Blut besiegelt.“ (8)

Doch es blieben nicht nur die Generale, sondern auch die Magnaten der vom Krieg profitierenden Konzerne. Plakate kündeten zwar mit der demagogischen Losung „Der Sozialismus marschiert!“ von der Sozialisierung der Kohle- und Stahlindustrie, aber die wenigen Sozialisierungsprojekte verliefen sich im Sande. Die kaiserliche Staatsbürokratie blieb im Amt, die Justiz blieb die alte. Die Hoffnung vieler Revolutionsteilnehmer, Wahlen zur Nationalversammlung würden die Arbeiter-

8 Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017, S. 211.

parteien siegen sehen und ihnen Möglichkeiten zur Umgestaltung der Gesellschaft eröffnen, blieb Illusion. Da ihre Positionen nicht nachhaltig angegriffen wurden, konnten sich die antirevolutionären und antirepublikanischen Parteien rasch aus ihrer Schockstarre befreien, in die sie im ersten Ansturm der Revolution gefallen waren. Sie erfanden neue Parteinamen und gingen mit antikommunistischen Losungen auf Stimmenfang unter jenen, die der antibolschewistischen Hysterie zum Opfer gefallen waren. Aus den Wahlen zur Nationalversammlung ging keine Arbeiterregierung hervor, sondern eine von der Mehrheitssozialdemokratie angeführte Parteienkoalition, die jener ähnelte, die bereits im kaiserlichen Reichstag seit Juli 1917 als Interfraktioneller Ausschuss fungiert hatte.

Ist es aber gerechtfertigt, angesichts der Tatsache, dass die Revolution die in ihr geborene Weimarer Republik nur mit einer höchst fragilen Demokratie ausstattete, von einer Niederlage der Revolution zu sprechen? Eine Niederlage erlitt ohne Frage der Versuch einer Minderheit der Revolutionäre, die Revolution bis zum Entstehen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung voranzutreiben, nicht aber die breite Volksbewegung. Sie sorgte für ansehnliche politische und soziale Fortschritte. Sie entsprach dem Willen des kriegsmüden Volkes, endlich wieder in Frieden leben zu können. Die Revolution erntete den späten Erfolg der Massenstreikbewegungen von 1917 und 1918, den die politische und militärische Führung bis zuletzt zu unterbinden trachtete. Der ersehnte und erkämpfte Frieden war, wie Frank Deppe zutreffend formulierte, „für den überwiegenden Teil des Bevölkerung... kein „Dolchstoß“, sondern eine große humanistische Tat“. (9)

Die Revolution stürzte den völlig diskreditierten deutschen Kaiser- und preußischen Königsthron der Hohenzollern sowie die monarchischen Oberhäupter aller anderen deutschen

9 Frank Deppe, Zur aktuellen Bedeutung der Novemberrevolution, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 20 (2009), Nr. 77, S. 51.

Bundesstaaten. Zum ersten Mal betrat eine demokratisch verfasste deutsche Republik die Bühne der Geschichte. Freilich, sie war kurzlebig und das hing auch mit den Schwächen der Revolution zusammen, aus der sie hervorgegangen war. Doch die Revolution war keineswegs die Ursache für 1933, als die von den Nazis angeführte Konterrevolution der demokratischen Republik den Todesstoß versetzte und der terroristische Feldzug gegen die „Novemberbrecher“ von 1918, Kommunisten, Sozialdemokraten und andere antifaschistische Demokraten Staatsalltag wurde.

Aber Frieden und Republik war nicht alles, was auf der Haben-seite der Revolution von 1918/19 steht. Die Demonstranten auf den Straßen und die Räte der Arbeiter und Soldaten erzwangen in wenigen Wochen die Verwirklichung vieler Forderungen, um deren Erfüllung die Arbeiterbewegung jahrzehntelang gekämpft hatte.

Errungen wurde endlich das allgemeine, gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht aller über 20 Jahre alten Bürger, also die Abschaffung des undemokratischen preußischen Dreiklassenwahlrechts und ähnlicher die sozial Schwächeren ausgrenzenden Wahlsysteme in anderen deutschen Bundesstaaten. Dafür hatten die sozialdemokratischen Arbeiter 1910 und 1913 Hunderttausende erfassende Kampagnen geführt, ohne Erfolg, der ihnen selbst noch am Vorabend der Revolution mit der Ablehnung einer neuerlichen Wahlrechtsvorlage im Reichstag verwehrt worden war. Er kämpft wurde in diesem Zusammenhang endlich die Gültigkeit demokratischen Wahlrechts für die Frauen, worum sozialdemokratische Frauen und bürgerlich-demokratische Reformerrinnen in Deutschland jahrzehntelang gerungen hatten. Die Frauen z. B. in Spanien mussten noch bis 1931, die in Frankreich bis 1944, die in Italien bis 1946 und in der Schweiz gar bis 1971 um ihr Wahlrecht kämpfen.

Erzwungen wurde das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht auf freie Vereinigung und Versammlung.

Die Revolution befreite Landarbeiter und Dienstboten aus den Zwängen der Gesindeordnung. Sie schuf Voraussetzungen für die Entwicklung eines arbeitsrechtlichen Tarifwesens, was die Anerkennung der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitenden gegenüber den Unternehmern mit sich brachte. Die Gewerkschaften gewannen in den Monaten der Revolution bedeutend an Autorität. In kurzer Zeit schnellten ihre Mitgliederzahlen von rund einer Million auf acht Millionen hoch.

Erkämpft wurde der Acht-Stunden-Arbeitstag, für den Jahr um Jahr am 1. Mai demonstriert worden war. Die Bedeutung dieses Revolutionsergebnisses wird deutlich, wenn man beachtet, dass in den USA der Acht-Stunden-Normalarbeitstag erst 1938 Gesetzeskraft erhielt, in Frankreich 1944, in Italien 1946 und in der Schweiz 1971. In Großbritannien ist er bis heute nicht gesetzlich vorgeschrieben.

Die Trennung von Staat und Kirche kam voran.

Zu den Leistungen der Revolution von 1918 gehört auch die Verfassung der Weimarer Republik. Sie war eine der für die damalige Zeit progressivsten staatlichen Grundgesetze einer bürgerlich-demokratischen Republik und wäre ohne den Druck der revolutionären Bewegung nicht zustande gekommen.

Für die Kennzeichnung des Platzes der Novemberrevolution und ihrer bis in die Gegenwart wirkenden Ergebnisse ist auch ein Vergleich ihrer Resultate mit den Forderungen des Erfurter Programms der SPD von 1891 sinnvoll. Dieses strategisch-taktische Parteiprogramm war zum Zeitpunkt der Revolution immerhin mehr als ein Vierteljahrhundert alt. Erst die Revolution brachte zu Wege, dass ein großer Teil der darin für die nächste Zukunft formulierten politischen und Arbeiterschuttforderungen erfüllt werden musste. Dass nicht mehr erreicht wurde, liegt nicht zuletzt daran, dass sich die Führung der Sozialdemokratie lange vor dem Godesberger Parteitag im November 1959, teils bereits vor 1914 und völlig während des „Burgfriedens“ im ersten Weltkrieg von der marxistisch formulierten Einleitung des Erfurter Programms in der Sache verabschiedet hatte bzw. sie nur noch wortradikal im Munde führte.

Dort waren noch strategische Ziele angesprochen worden (und ich zitiere hier Wörtliches) wie der „Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit“, der ohne „den Besitz der politischen Macht“ der Arbeiterklasse nicht bewirkt werden könne. (10) Aber auch im Erfurter Programm aufgestellte demokratische Forderungen der SPD wie „Direkte Gesetzgebung durch das Volk“ oder „Volkswehr anstelle des stehenden Heeres“ (11) gehörten in der Revolution nicht zur Programmatik der Mehrheitssozialdemokratie.

So wurde in der Revolution 1918/19 die Chance vergeben, wenn schon nicht der Weg in eine sozialistische Republik zu öffnen war, so doch, gestützt auf die Rätebewegung und auf hunderttausende demonstrierende Frauen und Männer, durch mutige Demokratisierungs- und Sozialisierungsmaßnahmen eine stabile Demokratie zu begründen, die 1933 nicht zum Opfer des Hitlerfaschismus geworden wäre. Die geringe Lebensdauer der Weimarer Republik war zwar durch das Ergebnis der Revolution von 1918/19 nicht zwangsläufig vorherbestimmt; dazu trugen zahlreiche weitere Faktoren bei. Aber zugleich ist offensichtlich, dass der nachrevolutionäre Kampf gegen die Konterrevolution in einer fragilen Demokratie außerordentlich erschwert sein musste. Die Verhältnisse der Zeit und die Beschaffenheit der Arbeiterbewegung ermöglichten verhängnisvolle Halbheiten. Die Revolution war zwar eine nicht zu unterschätzende Wegmarke auf dem steinigen Pfad zum historischen Fortschritt in Deutschland, aber seine entschiedensten Verfechter unterlagen. Das war sowohl den Umständen geschuldet, unter denen sie handelten, aber auch ihrem Handeln selbst.

Überblicken wir das ganze Geschehen sowohl mit dem Blick zurück auf die Geschichte der Demokratieentwicklung seit 1848 als auch mit dem Blick auf die Geschichte Deutschlands nach

10 Lothar Berthold, Ernst Diehl (Hrsg.): Revolutionäre Parteiprogramme. Berlin 1967, S. 83.

11 Ebenda, S. 84 f.

der Revolution von 1918/19, so bieten sich zwei Feststellungen an:

Erstens: Die deutsche Revolution von 1918/1919 war eine herausragende Massenbewegung der Arbeiter und aller anderen Lohnabhängigen mit führendem Anteil der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Zivil und Uniform, ja, die wohl größte demokratische Massenaktion in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Sie erbrachte einen bis heute wirkenden Zugewinn an politischen und sozialen Rechten des arbeitenden Volkes und stieß das Tor zu einer möglichen demokratischen und sozialstaatlichen Republik auf.

Zweitens: Der Verlauf dieser Revolution und der frühe Untergang der durch die Revolution konstituierten bürgerlich-demokratischen Weimarer Republik sind zugleich ein Lehrstück der deutschen Demokratiegeschichte. Es vermittelt den Nachweis, dass eine demokratische Entwicklung so lange instabil und reversibel bleibt, wie die in ihrer Geburtsstunde erhobenen Forderungen der Träger der Revolution unvollkommen oder gar nicht erfüllt werden. Man betrachte die Gegenwart, und es wird deutlich, dass es auch für die heutige bürgerlich-demokratische Republik keine von Gott geleistete Garantie für ihre Unangreifbarkeit gibt. Die Aufgabe, die auch ein Vermächtnis der Revolution von 1918 ist, bleibt höchst aktuell, nämlich diese Demokratie nicht nur gegen ihre offen oder versteckt operierenden Feinde zu verteidigen, sondern sie mit langem Atem zu einer zu entwickeln, in der Demokratie in ihrem Wortsinn wirkliche Volksherrschaft sein wird.

Noch ist das Jahr jung, in dem der Revolution vor 100 Jahren gedacht wird. Erfreulicherweise kann man bereits an seinem Beginn Anzeichen dafür ausmachen, dass das Jubiläum Fortschritte in der öffentlichen wissenschaftlichen und geschichtspolitischen Wahrnehmung der Revolution im Sinne der beiden genannten Feststellungen erbringen wird. Geplante Ausstellungen, die Thematik wissenschaftlicher Veranstaltungen und der Bildungsarbeit in großen Gewerkschaften sowie die ersten bereits vorliegenden neuen Darstellungen der Revolutionsge-

schichte erlauben den Eindruck, dass es 100 Jahre nach der Revolution gelingen könnte, diesem so überaus wichtigen Geschehen zu einem unveräußerlichen Platz im Geschichtsbild zu verhelfen. Zwar werden die Konservativen weiterhin Gegner dieser und jeder anderen Revolution sein, es sei denn, sie sei konservativ oder drehe das Rad der Geschichte zurück. Jetzt aber erheben mehr und mehr demokratische Kräfte unterschiedlicher Farbe ihre Stimme. Sie nehmen den Faden auf, den dezidiert linksorientierte Historiker bereits zum 90. Jahrestag in einschlägigen Tagungen gesponnen haben. Ich nenne dafür nur Beispiele, die ich kenne, weil ich in sie in der einen oder anderen Art als Autor Referent oder Rezensent involviert bin.

Ich verweise z. B. auf die große Ausstellung der Stadt Kiel, die ab 6. Mai 2018 unter dem Titel „Die Stunde der Matrosen“ die Initialzündung der Revolution und ihre Wirkungen im Revolutionsverlauf würdigen wird. Der Bergische Geschichtsverein plant für Januar 2019 im Rathaus von Wuppertal eine Ausstellung zum revolutionären Geschehen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Ich meine auch die Bildungstagungen der Gewerkschaft ver.di in Berlin und Lübeck im Juni und Oktober dieses Jahres. Und bereits jetzt liegen aus einem sicher noch anschwellenden Strom von Publikationen einige interessante Bücher vor, die den Platz der Novemberrevolution unter aktuellen Blickwinkeln neu bedenken. Man muss nicht mit allem einverstanden sein, was in diesen Büchern geschrieben steht. Erfreulich ist aber auf alle Fälle der Ansatz, die Revolution in differenzierter Analyse als ein Positivum in der deutschen Geschichte zu bewerten und sie – freilich mehr oder weniger – als Lehrstück in der deutschen Demokratiegeschichte zu untersuchen.

„Es ist Zeit...“ überschreibt Wolfgang Niess den Prolog zu seinem neuen Buch über die Revolution von 1918/19. Er beginnt ihn mit dem Satz: „Revolutionen haben es manchmal schwer, in der historischen Tradition ihrer Völker ‚anzukommen‘. Das... gilt auch für die Revolution von 1918/19. Aber einhundert Jahre danach ist es Zeit, sie endlich zum festen Bestandteil unserer

demokratischen Tradition zu machen.“ Unter Hinweis auf die akuten Bedrohungen der Demokratie in Europa schreibt er: „Gerade jetzt sollten wir uns deshalb erinnern, dass die politische Demokratie eine großartige Errungenschaft ist, für die in den Revolutionsmonaten 1918/19 Arbeiter und Soldaten, Männer und Frauen gekämpft haben. Wir verdanken sie ihrer Bereitschaft, notfalls ihr Leben für diese Demokratie einzusetzen... Die Revolutionsbewegung von 1918/19 hat mehr gewollt, als sie damals erreicht hat. Aber kann man den Erfolg allein daran messen, ob die Revolutionsbewegung alle ihre Ziele erreicht hat?“ (12)

Ein zweites Beispiel. Joachim Käppner erklärt sein Herangehen an die Darstellung der Revolution mit den Worten: „In anderen demokratischen Staaten wäre der Sturz der alten Throne der Stoff, aus dem die Mythen der eigenen Gründungsgeschichte gewebt werden: Männer und Frauen, die sich der Ungerechtigkeit entgegenstellen, ihr Leben riskieren, um eine bessere Welt zu schaffen... Aber es gibt keine vergleichbare Erzählung über den erstaunlichen Triumph der ersten Novembertage 1918, als die Freiheit plötzlich zu siegen schien in Deutschland.“ (13)

Was ich bisher an Neuerscheinungen übersehe, so wird natürlich auch deutlich, dass in der Renaissance der deutschen Revolution in der Erinnerungskultur auch Streitpunkte offengelegt werden. So fällt Joachim Käppner zwar ein scharfes Sachurteil über die Politik der mehrheitssozialdemokratischen Führung, wenn es aber um ein Werturteil über ihre subjektive Verantwortung geht, bleibt es bei der Suche nach mildernden Umständen. Auffällig und viele Fakten ignorierend ist auch die vergleichsweise cursorische und undifferenzierte Behandlung des linken Flügels der Revolutionäre. Er wird mit dem Etikett

12 Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin-München-Zürich-Wien 2017, S. 8 f., 16.

13 Joachim Käppner: 1918. Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, München 2017, S. 12 f

eines realitätsfremden und putschistischen Störenfrieds von links gegen eine besonnene Revolution versehen.

Lassen wir es genug sein. Wissenschaftlicher Streit und unsere Hoffnung gehören zusammen, dass die geschichtswissenschaftlichen und publizistischen Aktivitäten des Jahres 2018 dem tatsächlichen Gewicht der Revolution vor 100 Jahren gerecht werden. Es möge alles Reden von einer „überflüssigen“, „verlorenen“ oder „vergessenen“ Revolution verstummen, so dass die Revolution als großes Ereignis der deutschen Demokratie- und Sozialgeschichte endlich einen dauerhaften Platz im Geschichtsbild und in einem demokratischen Geschichtsbewusstsein der Deutschen einnehmen kann. Die Historiker, deren Arbeiten an Marx und Engels orientiert sind, besitzen das Potential, dazu nach Kräften beizutragen.